

Presseinformation

INDUSTRIESTRATEGIE

14.01.2026

Oesterreichs Energie kritisiert Industriestrompreis auf Kosten der E-Wirtschaft scharf

Bei Oesterreichs Energie, der Interessenvertretung der österreichischen E-Wirtschaft, stößt die Finanzierung des heute angekündigten Industriestrompreises aus Mitteln der E-Wirtschaft auf klare Ablehnung. Wer den Industriestandort stärken will, darf nicht ausgerechnet jene Branche zusätzlich belasten, die Versorgungssicherheit garantiert und Milliarden in den Ausbau des Energiesystems investiert.

„Man sollte die Kuh nicht schlachten, die man melken will“, kritisiert Barbara Schmidt, Generalsekretärin von Oesterreichs Energie. „Es kann nicht sein, dass die E-Wirtschaft nun erneut als Finanzierungsquelle für Maßnahmen in anderen Bereichen herhalten soll. Das ist kurzsichtig und gefährdet den zarten Aufschwung, der sich derzeit abzeichnet. Die Energiewirtschaft ist eine der wenigen Branchen, die derzeit in großem Umfang Investitionen in Österreich tätigt und damit auch Wertschöpfung in der Industrie schafft“, so Schmidt.

Schon heute leistet die Branche erhebliche Beiträge zum Staatshaushalt und für soziale Unterstützungsmaßnahmen: Die E-Wirtschaft zahlt derzeit rund 5 Milliarden Euro pro Jahr an Steuern und Abgaben, leistet 200 Millionen Euro jährlich über den Energiekrisenbeitrag Strom sowie künftig rund 60 Millionen Euro pro Jahr für den Sozialtarif und geschätzt 30 Millionen Euro pro Jahr für den im EIWG verankerten Versorgungsinfrastrukturbeitrag. Nicht enthalten sind dabei die Dividenden, Sonderdividenden und Gewinne, die ebenfalls an die öffentliche Hand gehen und aktuell zur Finanzierung der Senkung der Elektrizitätsabgabe verwendet werden. „Die Belastungsgrenze ist damit längst erreicht“, so Schmidt.

Investitionen schaffen Wertschöpfung in der Industrie

Durch zusätzliche Belastungen wird die Investitionsfähigkeit der Branche stark geschwächt. „Wenn man der E-Wirtschaft weitere Mittel entzieht, wird das unweigerlich dazu führen, dass geplante Investitionen verschoben oder gestrichen werden müssen“, so Schmidt. Das trifft nicht nur die Branche selbst, sondern den gesamten Standort und insbesondere die heimische Industrie: Jeder zweite Euro, den die E-Wirtschaft investiert, fließt an heimische Unternehmen; jede investierte Million Euro sichert sechs Arbeitsplätze. Ein Investitionseinbruch würde Wertschöpfung und Beschäftigung also direkt schwächen.

„Energiepolitik ist kein Förderinstrument“, stellt Schmidt klar. „Eine gezielte Unterstützung der energieintensiven Industrie ist in der aktuellen Situation durchaus eine sinnvolle Maßnahme – sie darf aber nicht über Umwege aus den Investitionsbudgets der E-Wirtschaft finanziert werden. Wer Investitionen in das Energiesystem ausbremst, schadet am Ende auch der Industrie.“

Oesterreichs Energie fordert die Bundesregierung auf, die Finanzierung des Industriestrompreises umgehend zu überdenken und anstelle von weiteren Belastungen durch ausgabenseitige Einsparungen und Effizienzsteigerungen auf eine faire, tragfähige Basis zu stellen. Versorgungssicherheit, Klimaziele und Wettbewerbsfähigkeit lassen sich nur erreichen, wenn die Investitionskraft der E-Wirtschaft nicht weiter ausgehöhlt wird.

Über Oesterreichs Energie

Oesterreichs Energie ist die Interessenvertretung der österreichischen E-Wirtschaft. Im Auftrag seiner rund 140 Mitgliedsunternehmen vertritt der Verband im Sinne einer sicheren, sauberen und leistbaren Energiezukunft die Brancheninteressen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Als erste Anlaufstelle zum Thema Energie arbeitet Oesterreichs Energie eng mit politischen Institutionen, Behörden sowie anderen Verbänden zusammen und bringt seine Expertise lösungsorientiert und kundenzentriert in laufende Debatten ein.

Rückfragehinweis

Mag. Christian Zwitnig, MSc.
Pressesprecher Oesterreichs Energie

Österreichs E-Wirtschaft
Brahmsplatz 3, A-1040 Wien
Tel.: +43 1 50198 260
Mobil: +43 676 845 019 260
E-Mail: presse@oesterreichsenergie.at
www.oesterreichsenergie.at